



Dokumentation

Alternativer Erörterungstermin | LNG Terminal in Stade

7.11.2023 | Seminarturnhalle Stade

1. Einleitung: Warum ein alternativer Erörterungstermin?

Derzeit werden in Deutschland mehrere Terminals zum Import von Flüssigerdgas (LNG) geplant und gebaut. Zunächst werden schwimmende Terminals, sogenannte FSRU (Floating Storage and Regasification Units) in Betrieb genommen, später sollen feste Terminals an Land hinzukommen. Bei den FSRU handelt es sich um große Spezialschiffe, die das Flüssigerdgas lagern und wieder verdampfen können, damit es in das Gasnetz eingespeist werden kann. Bei den festen Terminals handelt es sich um landseitige Infrastruktur, die darauf ausgelegt ist, das verflüssigte Erdgas von LNG-Tankern entgegenzunehmen und zu regasifizieren.

In Stade plant die Hanseatic Energy Hub GmbH (HEH) die Stationierung einer FSRU, der „Transgas Force“, sowie die Errichtung eines festen Terminals. Dieses feste Terminal, das laut Vorhabenträger 2027 in Betrieb gehen soll, wäre das erste Projekt dieser Art in Deutschland.

Bau und Inbetriebnahme des Terminals würden nicht nur gesetzlich bindende Klimaziele gefährden, sondern auch die Naturschutzgebiete im Elbeästuar bedrohen, der als Übergang vom Süßwasser der Elbe zum Brackwasser des Wattenmeeres einen besonderen Naturraum darstellt.

Da die Elbe eine internationale Schifffahrtsstraße ist, würde diese neue Bedrohung durch das Terminal und den LNG-Verkehr die schon bestehende Belastung verschärfen. Durch das hohe Schiffsaufkommen auf der Elbe und die Nähe des geplanten LNG-Terminals zu verschiedenen Störfallbetrieben, sind Sicherheitsrisiken, insbesondere im Falle von Havarien nicht von der Hand zu weisen.

Zum Zeitpunkt der hier dokumentierten Bürger*innenkonferenz lag die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb des landseitigen LNG-Terminals öffentlich aus. Der BUND Niedersachsen und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ebenso wie engagierte Bürger*innen hatten im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Einwendungen eingereicht. Darin haben die Umweltverbände und die Bürger*innen Hinweise gegeben, Fragen formuliert und ihre Sorgen zum Ausdruck gebracht.

Dennoch hat die zuständige Behörde, das staatliche Gewerbeaufsichtsamt (GAA) Lüneburg die Einwendungen für nicht erörterungsbedürftig erklärt und den angekündigten Erörterungstermin kurzfristig abgesagt. Dabei ist Durchführung eines offiziellen Erörterungstermins für die Genehmigungsbehörden eine bewährte Möglichkeit, Hinweise, Sorgen und Fragen von Umweltverbänden und Bürger*innen aufzunehmen und in den Genehmigungsprozess einfließen zu lassen. Auch das LNG-Beschleunigungsgesetz (LNGG) sieht die Möglichkeit, einen öffentlichen Erörterungstermin anzuberaumen, ausdrücklich vor.

Auch im Planfeststellungsverfahren für den Anleger für die Anlandung von LNG mit Südhafen-Erweiterung in Stade-Bützfleth hat kein ordentlicher Erörterungstermin stattgefunden. Die hier zuständige Behörde, der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), hat den Termin durch eine Online-Konsultation ersetzt.

Dabei ist die Liste der offenen Fragen lang. Das zeigen die Einwendungen und das verdeutlicht auch die vorliegende Dokumentation. Die Fragen betreffen unter anderem den energiewirtschaftlichen Bedarf des Terminals, die vage gehaltenen Pläne, das Terminal für die Anlandung „grüner Gase“ umzurüsten, die Folgen des Baus und des Betriebs für den Naturschutz und den Gesundheitsschutz sowie die Auswirkungen des LNG-Terminals auf das Klima und die Umwelt in den Erdgas-Förder- und Exportregionen.

Die Entscheidung des GAA Lüneburg, auf einen Erörterungstermin im Genehmigungsverfahren für das feste LNG-Terminal zu verzichten, kritisieren der BUND Niedersachsen und die DUH daher scharf. Die Absage des Termins nimmt den Umweltverbänden und den Bürger*innen eine wirksame Möglichkeit, sich in die Genehmigungsverfahren einzubringen. Diese Beteiligungsmöglichkeit wäre insbesondere geboten,

da die Fristen zur Einsicht der Planungsunterlagen und für die Einwendungen durch das LNG-Beschleunigungsgesetz drastisch gekürzt wurden.

Um den Hinweisen, Sorgen und Fragen der Bürger*innen in Stade Raum zu geben, haben sich BUND Niedersachsen, DUH mit Ehrenamtlichen vor Ort dazu entschlossen, am 07. November 2023 einen alternativen Erörterungstermin durchzuführen. Das Interesse der mehr als 60 Teilnehmenden zeigt, wie groß das Interesse an einem Dialog ist. Umso unverständlicher ist es, warum die Genehmigungsbehörden diesen Dialog als nicht notwendig erachtet haben.

Wir, die veranstaltenden Umweltverbände, dokumentieren in diesem Dokument die Hinweise, Sorgen und Fragen, die beim alternativen Erörterungstermin von den Bürger*innen vorgebracht wurden. Wir werden diese den Genehmigungsbehörden und der Politik vorlegen und auf eine Beantwortung drängen.

Auch und gerade in Krisenzeiten muss die Einhaltung von Umweltgesetzen und die Minimierung der Umweltfolgen von Industrieprojekten unbedingt gewährleistet sein. Ansonsten verlieren Genehmigungsverfahren ihre Rechtsstaatlichkeit. Dies gilt umso mehr für Projekte zum Import von fossiler Energie.

Wir fordern die Genehmigungsbehörden und die Politik deshalb auf, sich der Diskussion zu stellen und die dokumentierten Hinweise und Fragen sorgfältig zu prüfen und die nun erfolgte Genehmigung für das feste Terminal noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

BUND Niedersachsen

Deutsche Umwelthilfe e. V

2. Dokumentation der Hinweise und Fragen

Beim alternativen Erörterungstermin wurde nach einer Podiumsdiskussion mit den veranstaltenden Umweltverbänden an verschiedenen Thementischen den Bürger*innen die Möglichkeit gegeben, mit Expert*innen zu diskutieren und hier Hinweise, Sorgen und Fragen zu thematisieren. Das Ergebnis dieser Diskussionen und die entstandenen Hinweise und Fragen dokumentieren wir hier.

2.1. Mögliche Risiken

- Welche Risiken bringen das zusätzliche Schiffsaufkommen und die neuen Schiffsbewegungen?
- Ist Fracking-Erdgas schädlich für die Gesundheit?
- Wird es eine Entschädigung für die zu erwartende Wertminderung der Grundstücke für Eigentümer*innen geben? Wenn ja, wo bekommen Anwohnende eine solche Information? Wenn nein, wie lautet die Begründung?
- Welche Auswirkungen hat das Terminal für die Bützflether Wohnbebauung?
- Mit welcher zusätzlichen Lärmbelastung müssen wir rechnen? Was ist mit zusätzlichen Schadstoffen, die durch das Terminal erzeugt werden?
- Die Elbe ist zu eng für das Gesamtprojekt, das aus der FSRU, dem Ausbau des Anlegers und dem zusätzlichen Tanker-Verkehr besteht. Die Wendemanöver sind insbesondere bei schlechten Witterungsbedingungen auch für erfahrene Nautiker schwierig. Wurden die Gefahren von Havarien ausreichend betrachtet?

- Schon jetzt gibt es viel Schiffsverkehr auf der Elbe. Die großen LNG-Tanker kommen noch dazu und tragen eine gefährliche Last. Wie wird gerechtfertigt, dass die Menschen und die Umwelt dieser Gefahr ausgesetzt werden?
- Dow und andere Unternehmen hantieren im Chemiapark mit gefährlichen Stoffen. Ist es nicht Irrsinn ein LNG-Terminal in dieses Gebiet zu setzen?
- Was ist mit dem Lager für Atommüll in der Nähe des Terminals? Was passiert hier, wenn es am LNG-Terminal ein Unfall gibt?
- Wenn die Sturmfluten, bedingt durch den Klimawandel, häufiger und stärker werden, steigert das die Gefahr von Unfällen?

2.2. Natur- und Umweltschutz

- Warum wird nicht die Wahrheit gesagt bezüglich der Umweltschäden und Auswirkungen des Terminals auf die Umwelt?
- Werden die Verschlickungen der Nebenarme der Elbe verstärkt? Wenn ja, inwieweit wirken sich diese Verschlickungen auf die Umwelt und die umliegenden Schutzgebiete aus?
- Was bedeutet die Ausbaggerung der Fahrrinne für die Natur? Können alte Schadstoffe, die sich abgesetzt haben, freigesetzt werden?
- In der direkten Umgebung des Terminals gibt es verschiedene Naturschutzgebiete. Wie kann es sein, dass die vor auszusehenden Schäden in diesen Gebieten ignoriert werden?
- Die Elbe ist ohnehin überlastet. Wie ist es zu rechtfertigen, jetzt eine weitere Belastung für diesen für die Region so wichtigen Fluss zuzulassen?
- Aus Wilhelmshaven gibt es Berichte von Bioziden im Zusammenhang mit dem schwimmenden Terminal. Müssen auch wir Angst davor haben, dass die Elbe vor unserer Haustür vergiftet wird?

2.3. Klimaschutz und internationale Perspektive

- Reicht es nicht, für die absolute Ablehnung der USA-Pläne, dass Menschen an Krebs und anderen Krankheiten sterben?
- Wie kann etwas erlaubt werden, dessen Herstellung Menschenleben gefährdet? Und das, obwohl es gesetzlich eigentlich verboten ist?
- Wurden die Klimaauswirkungen des Terminals berücksichtigt? Der Import von Erdgas bis 2043 kann doch gar nicht mit den Klimazielen zusammenpassen?
- Wie stark wird sich das Terminal und die Verbrennung des Erdgases, das hier ankommt, auf den Klimawandel auswirken?
- Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir aufhören fossile Energieträger zu nutzen. Warum wird jetzt trotzdem ein LNG-Terminal genehmigt?
- Wie fließen die Gesundheitsprobleme und die Umweltauswirkungen, die durch die Erdgasförderung und den Erdgastransport in den USA entstehen, in die Entscheidungsprozesse ein?
- Warum werden wissenschaftliche Erkenntnisse zur Klimaschädlichkeit von Erdgas von Politik und Behörden nicht anerkannt? Passiert das wissentlich oder fehlt es hier an Wissen an den richtigen Stellen?

2.4. Bedarf, Versorgungssicherheit und Zukunftsfähigkeit

- Warum wird behauptet, dass wir eine Gasmangellage haben, obwohl die Erdgasspeicher voll sind?
- Warum nutzen wir nicht die bestehenden Erdgaspipelines?
- Warum wird nicht die Wahrheit gesagt bezüglich des tatsächlichen Erdgasbedarfs?
- Wie kann es sein, dass die Bundesregierung und die Genehmigungsbehörden diese Entscheidungen treffen, wenn die Studienlage zur Versorgungssicherheit so klar ist?
- Warum setzt sich die Landesregierung für ein zerstörerisches Projekt ein, das nicht benötigt wird? Warum setzt sie sich nicht für die Umwelt und die Menschen im eigenen Bundesland ein?
- Würde ein niedriger Gaspreis in den USA den LNG Boom kollabieren lassen? Was würde das für das Projekt bedeuten?
- Wenn der Industriestandort Stade gehalten werden soll, warum liegt bis zum heutigen Zeitpunkt kein Transformationsplan der Dow Chemical vor?
- Warum können Bund und Land 400 Millionen öffentlicher Gelder in den Bau fossiler Infrastruktur investieren, aber nicht in die langfristige Transformation des Industriestandortes Stade und damit dann auch in den wirklich langfristigen und nachhaltigen Erhalt von Arbeitsplätzen vor Ort?
- Warum wird bis zum heutigen Stand kein für grünen Wasserstoff oder grünen Ammoniak fähiges Terminal beantragt, wenn das in der Öffentlichkeit so versprochen wurde?
- Wo sind die konkreten Pläne den Standort verbindlich und mit ausreichenden Nachweisen als grünen Energiestandort zu betreiben, anstatt wie jetzt genehmigt als ausschließlich fossilen Standort?
- Warum kommunizieren HEH und Dow Chemical nicht transparent und ehrlich über ihre Zukunftspläne? Wir fühlen uns ausgeliefert.
- Wer zahlt, wenn die Projekte scheitern? Müssen dann die Steuerzahler ran?
- Wenn die Terminals nicht ausgelastet sind, weil es den Bedarf nicht gibt oder LNG noch teurer wird, oder wenn die Terminals kürzer laufen als geplant, wer übernimmt dann die Kosten?
- Wenn jetzt so viel Geld in das fossile Projekt gesteckt wird? Fehlt das Geld dann nicht für den Ausbau erneuerbarer Energien?
- Macht es Sinn, ein Terminal zu bauen mit Pipelines etc., wenn klar ist, dass wir die Nutzung von Erdgas sofort reduzieren und bald beenden müssen?
- Warum schauen sich die Landesregierung und die Genehmigungsbehörden nicht die Studien und die Aussagen der Bundesnetzagentur an? Sind die Entscheidungen angstgetrieben oder gibt es hier noch andere Interessen als die der sicheren Energieversorgung, die sich auf die Entscheidungen auswirken?
- Was ist mit den langfristigen Lieferverträgen, die im Widerspruch zu den Klimazielen stehen? Haben die Unternehmen hier eventuell Anspruch auf Entschädigung?

2.5. Transparenz und Verfahren

- Warum verweigern die Politik und Behörden das Gespräch mit den Umweltverbänden?
- Warum gab es keinen Erörterungstermin?
- Wie wird die Presse eingebunden?
- Wie können wir uns jetzt noch gegen das Terminal wehren?

- Wer entscheidet bei den Behörden aufgrund welcher Grundlagen, ob es Erörterungstermine gibt? Sind die Entscheidung und die Argumente dafür oder dagegen dokumentiert und öffentlich zugänglich?
- Was passiert mit den privaten Einwendungen vom Frühjahr?
- Welche Verbindungen gibt es zwischen der Landesregierung und den beteiligten Unternehmen? Gibt es hier Interessenskonflikte, die sich auf Entscheidungen auswirken?
- Wie unabhängig kann die Landesregierung sein, wenn sie durch den Bau des Anlegers durch das öffentliche Unternehmen NPorts direkt in das Projekt involviert sind?
- Warum präsentiert uns immer nur das Unternehmen die Pläne? Warum werden nicht objektive Informationen unter Einbeziehung von neutralen Expertinnen und Experten bereitgestellt?
- Anwohnende an den Standorten der geplanten LNG-Vorhaben sollten auch über Risiken informiert werden. Momentan läuft die Berichterstattung einseitig und Sorgen und Anmerkungen haben keinen Raum. Warum passiert das nicht?
- Welche Beteiligungsmöglichkeit bleibt uns als Anwohnende? Was können wir tun um uns einzubringen, wenn nun die Genehmigung für das feste Terminal bereits ausliegt und bei allen weiteren Verfahren so kurze Beteiligungsfristen vorgesehen sind, dass Privatpersonen sich nicht angemessen einbringen können?
- Inwieweit hat die Stadt Stade, sowie das Land Niedersachsen das Klimaschutzgesetz in ihre Planungen für LNG Infrastruktur miteinbezogen?
- Wie ist die derzeitige Rechtslage rund um den Bebauungsplan? Ist dieser Bebauungsplan wirksam und für die derzeitigen Pläne für LNG Infrastruktur hinreichend wirksam?
- Wie kann es sein, dass die Genehmigung eine einzige Ausnahmeregelung nach Niedersächsischer Bauordnung ist, obwohl die geplanten Infrastrukturanlagen Störfallanlagen sind, und hier insbesondere Vorsicht geboten wäre?
- Warum bemühen sich die Behörden und die Politik nicht darum, die verschiedenen Genehmigungsverfahren zu erklären und die Bevölkerung zu informieren?

Kontakt

Deutsche Umwelthilfe

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer
0160 90354509, mueller-kraenner@duh.de

Nadine Bethge, Stellvertretende Leiterin Energie und Klimaschutz
0160 5337376, bethge@duh.de

BUND Niedersachsen

Susanne Gerstner, Landesvorsitzende des BUND Niedersachsen
01755650851, susanne.gerstner@bund.net

Heiner Baumgarten, Vorsitzender der BUND Kreisgruppe Stade
0151 27507580, heiner.baumgarten@bund.net